

Energiewende darf die energieintensive chemische Industrie in Mitteldeutschland nicht gefährden

Chemische Industrie und Kunststoffverarbeitung sind Leitindustrien in Mitteldeutschland mit einem Umsatz von 21 Mrd. € und einer Beschäftigung von 76000 Arbeitskräften.

Im Ergebnis von Privatisierung und Restrukturierung entstanden moderne Anlagen und eine beispielgebende Infrastruktur in den Chemieparks des mitteldeutschen Chemiedreiecks. Ein einzigartiger Rohstoffverbund gewährleistet das Zusammenwirken von Basischemie und vorwiegend mittelständischen Firmen der Weiterverarbeitung.

Die Energiewende ist einerseits eine große Aufgabe, die mit Innovationen der Photovoltaik, Windenergie, Speichertechnik mit Batterien oder power to gas, aber auch Leichtbau, Wärmedämmung faktisch alle Branchen fordert. Die Produkte der chemischen Industrie und der Kunststoffverarbeitung sind dabei unverzichtbar, so dass letztlich die Energiewende aus dieser Sicht Innovation und Geschäft bedeutet.

Andererseits beobachten wir mit Sorge, dass bei der aktuellen politischen Diskussion die berechtigten Entlastungen der energieintensiven Industrie wie bei EEG- Umlage, Ökosteuer und Emissionshandel erneut in Frage gestellt werden.

Die energieintensive Industrie und damit auch die chemische Industrie hat die Besonderheit, dass sich die erheblichen Investitionen über einen langen Zeitraum refinanzieren müssen. Das unterscheidet diese Branche sehr deutlich z.B. von der jetzt viel diskutierten Solarbranche, bei der schnell die teuren Ausrüstungen ins Ausland transferiert sind und zurück bleiben leere Hallen.

Im Vertrauen auf die Rahmenbedingungen wurde in Mitteldeutschland seit 1990 ein erneuerter Kapitalstock von ca. 16 Mrd. € in die chemische Industrie investiert. Diese Anlagen werden hier betrieben, solange die Wirtschaftlichkeit gegeben ist.

Die überhöhten deutschen Energiekosten gefährden schon jetzt die Wirtschaftlichkeit. So ist in den letzten drei Jahren eine Investitionszurückhaltung zu beobachten, die eindeutig den hohen Energiekosten und jetzt zunehmend den Unsicherheiten der Energiewende zuzuordnen ist. Einzelbeispiele lassen sich aufzeigen, aber insgesamt sind diese nicht getätigten Investitionen kaum zu quantifizieren. Letztlich entwerten sie den Kapitalstock und gefährden die Nachhaltigkeit der bisherigen Industriepolitik.

Im Folgenden soll das Szenarium dargestellt werden, wie durch Infragestellung der Entlastungsregeln, der Rohstoffverbund wirtschaftlich in seiner Existenz gefährdet wird:

Zuerst wird das Glied einer Kette an der schwächsten Stelle wegbrechen. Das sind im Fall der Energiekosten die Chloralkali- Elektrolysen, bei denen 90 % des elektrischen Stromes als Energielieferant des elektrochemischen Prozesses faktisch Rohstoff ist und nicht substituiert werden kann.

Im mitteldeutschen Rohstoffverbund liefern zwei Groß- Elektrolysen in Schkopau und Bitterfeld Chlor und Natronlauge, wobei das Chlor vorzugsweise über Pipeline direkt am jeweiligen Standort verarbeitet wird. Damit werden Gefährdungen durch Chlortransporte weitgehend ausgeschlossen. Die Anlagen nutzen mit der Membrantechnologie den Stand der Technik. Ein Betreiber hat sich an einem europaweiten Benchmark mit dem Ergebnis beteiligt, dass die Energieeffizienz im Vergleich 100 % beträgt, dass aber die hiesigen Energiekosten bereits 138 % des europäischen Benchmarks erreicht haben.

Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass mit Effizienzverbesserungen einem weiteren Kostenanstieg nicht begegnet werden kann. Vielmehr würde ein Wegfall von Entlastungsregelungen die Wirtschaftlichkeit grundsätzlich in Frage stellen. Ein Wegbrechen der Elektrolysen würde durch den Verbund auch die direkt an den Standorten belieferten Unternehmen voll treffen, da sowohl Chloranlieferung, als auch Chlorrecycling im Kreislauf dann nicht mehr darstellbar sind. Der Kunststoff PVC, aber auch Vorprodukte für Photovoltaik und Spezialgläser könnten dann in Mitteldeutschland nicht mehr wirtschaftlich

erzeugt werden. In letzter Konsequenz bedeutet dies ca. 1800 direkte Arbeitsplätze, die man unter Einschluss der indirekten Beschäftigung auf insgesamt 5400 Arbeitsplätze hochrechnen muss.

In der „Energiestudie mit Prognosen der Energiekennzahlen für die Jahre 2020 und 2030 zur Vorbereitung der Fortschreibung des Energiekonzeptes der Landesregierung von Sachsen-Anhalt“ wird der industrielle Stromverbrauch recht gleichbleibend mit ca. 6 TWh/a angenommen. Bei Wegbrechen der oben angegebenen Elektrolysen wären das ca. 1 TWh/a weniger. Das wäre dann schon ein Grund, das Energiekonzept in Szenarien zu entwickeln.

Sicher sind auch weitere Geschäftsbereiche der chemischen Industrie durch die Kosten der Energiewende gefährdet. Wir sehen bereits das aufgezeigte Beispiel für den Verbund der mitteldeutschen Standorte als so gravierend an, dass wir auf Weiterungen verzichten.

Die Politik ist gefordert, ob sie die Basis der chemischen Industrie hier halten will. Die Konzerne, die die Basischemie betreiben, sind global aufgestellt. Sie werden das Geschäft mit der Energiewende auf jeden Fall wahrnehmen und gegebenenfalls die Zulieferungen von anderen Regionen der Welt leisten. Das Problem ist, dass dann die Folgeproduktionen dem Trend folgen werden. Letztlich wird dann auch die Innovation nur an diesen anderen Standorten wahrgenommen werden.

Sollte die Subventionierung der Erneuerbaren Energie weiter auf der Agenda stehen, ist die Gefahr groß, dass die Entlastungsregelungen für die energieintensive Industrie politisch nicht mehr aufrecht erhalten werden. Faktisch sitzt die energieintensive Industrie in einer Subventionsfalle: Ihre Entlastung von der Beteiligung an Subventionen wird selbst als Subvention gedeutet.

Um es deutlich zu sagen: Wir fordern keine Subvention, sondern die Entlastung von den Bedingungen, die durch Subvention verursacht sind.

Dr. Christoph Mühlhaus
Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland

Dr. habil. Gunthard Bratzke
Cluster Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland